

## Länderbericht Ruanda 2014

### Wirtschaft, Stadt- und Landentwicklung

Der vor einigen Jahren begonnene Bauboom in Ruandas Hauptstadt Kigali hält an, wobei sich vor allem China zum Großakteur im Bausektor herauskristallisiert. Ruanda versucht durch das Stärken des Bausektors sein Vorhaben voranzutreiben, das dominierende Handels- und Konferenzzentrum in Zentralafrika zu werden, und das wirtschaftliche Wachstum anzukurbeln. Viele Gebäude sind im Entstehen, wobei oftmals nicht geklärt ist, ob deren Kapazitäten auch tatsächlich ausgeschöpft werden und ob der Bedarf an neuen teuren Gebäuden entsprechend hoch ist. Tatsächlich steht ein Teil der Neubauten und Bürokomplexe leer.

Um den Ruf einer modernen globalen Konferenzstadt zu entsprechen, werden aus der Innenstadt zunehmend einkommensschwächere Bevölkerungsschichten vertrieben, der informelle Sektor verboten und kriminalisiert sowie ärmere Wohnsiedlungen aufgelöst. Zwar verspricht die Regierung den Bewohnern Ersatzwohnungen, bislang wurden diese Entschädigungen in den meisten Fällen nicht eingehalten. So wurde im Mai 2014 den Bewohner der informellen Siedlung im Viertel Chimingchanga eine Räumungsfrist von zwei Wochen eingeräumt, um die Hütten zu verlassen und abzureißen, Entschädigungen im selbigen Zeitraum allerdings nicht gewährleistet.

Gleichzeitig sind im Innenstadtbereich die Mietpreise in den letzten Jahren extrem angestiegen und zunehmend für ausschließlich einkommensstärkere Bevölkerungsgruppen erschwinglich. Ein genereller Baustopp für neue kostengünstigere Wohnsiedlungen im Zentrum führt zu der Erweiterung des Stadtgebietes. Außerhalb von Kigali entsteht ein so genanntes „Neukigali“ mit ausgewiesenen Baugrundstücken und informellen Siedlungen.

Als zweiten Wachstumsfaktor setzt die ruandische Regierung auf den Tourismus, der aber nicht besonders stark ausgebaut ist. Vernachlässigt wird dagegen der berufliche Bildungssektor, der anlässlich der hohen Jugendarbeitslosigkeit (die offizielle Quote beträgt über 50 %) zwingend gefördert werden müsste. Für die 0,25 Mio. Schulabgänger pro Jahr stehen kaum Arbeitsplätze bereit. Bislang ist der ruandische Haushalt ist noch zu 45% geberfinanziert. Zwar spielt auf höherer Ebene Korruption eine Rolle, aber prinzipiell werden die Geldmittel transparent ausgegeben und fließen u.a. in eine gut ausgebildete Polizei und ein starkes Militär.

In den ländlichen Gebieten sind nur punktuelle Verbesserungen der Infrastruktur und der Versorgung festzustellen. Noch immer gibt es in den meisten Dörfern abseits der Hauptstraße und der Städte keine Elektrizitäts- und Wasserversorgung. Entgegen der offiziellen Narrative, dass sich die Lebensumstände der Bevölkerung stetig verbessere, lebt die Landbevölkerung immer noch unter sehr bescheidenen Umständen und das Land rangiert mit Platz 176 von 187 auf dem unteren Rang des Human Development Index. Laut

der Welternährungsbehörde leiden ca. 40% der ländlichen Bevölkerung an Mangelernährung.

Die Agrarwirtschaft ist zunehmend exportorientiert ausgerichtet. Demzufolge nimmt die „Cash Crops“- Produktion v.a. von Tee und Kaffee große landwirtschaftliche Flächen in Anspruch, gleichzeitig gehen die Anbauflächen für die Selbstproduktion zurück. In dem bevölkerungsdichtesten Land der Erde ist daher die Landfrage akut. Diese Entwicklung kann zu einem dauerhaften Ernährungsproblem führen, da die Preise für Lebensmittel im Gegensatz zum Einkommen kontinuierlich steigen. Landknappheit und die hohe Arbeitslosigkeit sind drängende Probleme und verursachen eine steigende Unzufriedenheit v.a in den ländlichen Gebieten.

Ruanda hat Erfolge im Gesundheitssektor zu verzeichnen. Die allgemeine Krankenversicherung ist flächendeckend eingeführt und für jeden Einwohner verpflichtend. Pro Person kostet diese 3000 RWF/Monat. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit und des geringen Einkommens können viele Familien diese Extrakosten allerdings nicht aufbringen. Der staatliche Druck auf die Bevölkerung, ihre Beitragszahlungen zu leisten, führte im Frühjahr dieses Jahres bspw. zu Verhaftungen von über 50 Menschen, die ihren Betrag nicht zahlen konnten. Druck wird auch auf die Ortsvorsteher ausgeübt, die Kosten in ihren Kommunen einzutreiben. De facto profitieren ca. 40-45% der ruandischen Bevölkerung von der Krankenversicherung und können sich diese leisten.

### **Menschenrechtssituation**

Die seit einigen Jahren zunehmende Einschränkung des Handlungsspielraums für NGOs, Medien und Menschenrechtler von staatlicher Seite wird sukzessive fortgeführt. Im Gegenzug gewinnt die Regierung unter Präsident Kagame an Selbstbewusstsein und agiert taktisch. NGOs werden durch bürokratische Hindernisse und zeitaufwendige Registrierungsprozesse daran gehindert, ihrer eigentlichen inhaltlichen Arbeit nachzugehen. Alle zwei Jahre müssen sich NGOs neu registrieren lassen, was ein gewaltiges zeitliches und finanzielles Pensum bedeutet. Zudem entstehen neue Gesetze und Formalitäten, die eingehalten werden müssen, ansonsten riskiert eine Organisation, ihre Anerkennung zu verlieren. Die Regierung hat bspw. einen neuen Fonds, den *Joint Action Fonds* aufgelegt, in den jede NGO unterschiedliche Summe einzahlen muss. Dies schafft einen erneuten Kontrollmechanismus und finanzielle Hürden für weniger gut finanzierte NGOs. Dauert es in Ruanda nur einige Tage eine Firma zu gründen, benötigt man Monate, um eine NGO zu registrieren.

Im vergangenen Jahr wurde eine der noch wenigen kritischen Menschenrechtsorganisationen, der Dachverband LIPRODHOR, durch regierungsfreundlicheres Personal ausgewechselt. Seitdem hat sich der Arbeitsbereich von LIPRODHOR stark reduziert. Im Vergleich zu der breiten politischen Agenda, welche die Organisation in den vergangenen Jahren verfolgte, konzentriert sich die Arbeit nun auf Gefängnisbesuche und der Kontrolle der Einhaltung der gesetzlichen Rechte von Inhaftierten. Diese Besuche finden in Zivilgefängnissen statt. Die meisten politischen Gefangenen sitzen jedoch in Militärgefängnissen, zu denen die Organisation keinen Zugang hat.

Die Menschenrechtsorganisation *Ligue des Droits de la personne dans la région des Grands Lacs* (LDGL) kämpft mit Finanzierungsproblemen und kann aufgrund der vielen strukturellen Hindernisse kaum mehr seinem eigentlichen Mandat nachgehen. Zudem fehlt der

Organisation eine Perspektive und Unterstützung, da die Kooperation mit anderen NGOs aufgrund der staatlichen Vereinnahmung immer schwieriger wird. Seit ihrem kritischen Beitrag zur Wahlbeobachtung der Präsidentschaftswahlen 2010 und der Vorbereitungen zu einem UPR-Bericht zu Ruanda 2011 für den UN-Menschenrechtsrat lebt der ehemalige Koordinator Pascal Nyilibakwe im Exil.

Für Aufregung sorgte im April dieses Jahres die Festnahme des populären Sängers Kizito Mihigo. Ihm wird Kollaboration mit der Hutu-Miliz FDLR vorgeworfen, nachdem sich der Sänger in einem Text kritisch zu Ruandas Versöhnungspolitik geäußert hat. Nach vier Tagen in Polizeigewahrsam ohne Kontakt zur Außenwelt folgte sein öffentliches Geständnis. Die Freiwilligkeit des Geständnisses wird angezweifelt.

Die Ermordung von Gustave Makonene, einem Mitarbeiter von Transparency International Ruanda, im vergangenen Jahr sorgte für wenig nationale sowie internationale Aufmerksamkeit und wurde bis dato nicht aufgeklärt, obwohl es klare Indizien auf eine politisch motivierte Tat gibt. Makonene hatte zuletzt zu einem Korruptionsfall, in den auch Polizisten involviert sein sollen, recherchiert.

In den Wochen um die Gedenkfeier zum 20. Jahrestag des Völkermordes in Kigali kam es zu einigen Festnahmen und Einschüchterungen von Journalisten, sie sich kritisch zur Regierung äußerten.

Außerdem schürt die Regierung eine neue Welle der Denunzierung und Verhaftungen, indem eine erneute Gefahr für das Land von Seiten der im Osten der DR Kongo agierenden extremistischen Hutu-Miliz FDLR und des in Südafrika ansässigen Ruandischen Nationalkongress (RNC) unter dem ehemaligen Weggefährten Präsident Kagames Faustin Kayumba Nyamwasa heraufbeschworen wird. Kritik an der Regierung wird mit dem Generalverdacht der Kollaboration mit einer der Gruppen kriminalisiert, was v.a. auch in ländlichen Gebieten zu Problemen und Misstrauen führt. Viele politische Gefangene befinden sich in Militärcamps, zu denen weder NGOs noch Anwälte Zutritt haben.

Human Rights Watch hat in einem Bericht vom Mai 2014 auf eine Welle von verschwundenen Personen und unrechtmäßigen Verhaftungen in den letzten Monaten hingewiesen. Kurz nach der Veröffentlichung sind 35 „verschwundene“ Personen bei der Polizei wieder aufgetaucht, gegen die nun wegen der Unterstützung von Terrorgruppen prozessiert wird. Oftmals gestehen die Leute unter Druck ihre Kollaboration, unterschreiben Geständnisse, die sie dann später wieder zurückziehen. Gesetze werden von Behörden nicht eingehalten, indem Personen illegal festgehalten werden und sie weder innerhalb der Frist von sieben Tagen den Richtern vorgeführt werden, noch anwaltliche Unterstützung erhalten. In Butare wurden kürzlich neun Studenten verhaftet und einige von ihnen in einem schnellen Gerichtsverfahren zu lebenslanger Haftstrafe, d.h. 20 Jahre, wegen der Unterstützung des RNC verurteilt. Seit März kam es in der Grenzregion zur DR Kongo, in dem auch viele ruandische Soldaten stationiert sind, zur Verhaftung von 20 Personen wegen des Verdacht der Kollaboration mit der FDLR.

Auch die lebendige Radiokultur wird immer stärker zensiert und populäre Sendungen wie „*Good Morning Rwanda*“ verboten und lokale Radiosender geschlossen. Gründe hierfür sind bspw. die Weiterleitung von regierungskritischen Radioausschnitten, welche die Opposition im Exil nutzt und über soziale Medien postet. Die Regulierung von Kritik wird sowohl innen- als auch außenpolitisch vom Staat professionalisiert und führt zu dem Resultat, dass die Selbstzensur in alle Ebenen der Gesellschaft vordringt und eine allgemeine Paranoia verursacht.

Der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Meinungsfreiheit hat nach seiner Reise durch Ruanda im Februar 2014 in seinem Bericht resümiert, dass es keine politische Freiheit in dem Land gebe. Anstelle von Demonstrationen gebe es in Ruanda lediglich Gedenkmärsche oder so genannte Bewusstseinsmärsche, die meist von den lokalen Behörden organisiert werden.

Die internationale Kritik an Ruanda bezüglich seiner restriktiven Menschenrechtspolitik ist verhalten. Präsident Kagames Politik stößt auch auf Zustimmung, mit der Begründung, dass Stabilität vor demokratischen Grundrechten stehe und das Verständnis einer freien Gesellschaft für das Land ein Novum sei. Die vermeidlichen Gefahren von Seiten extremistischer Kräfte gilt es vorzubeugen und dazu bedarf es strenger Gesetze. Angesichts der gut ausgebildeten und aufgerüsteten ruandischen Armee der eine militärisch und zahlenmäßigen schwächeren FDLR gegenübersteht, ist die reale akute Bedrohung stark in Frage zu stellen. Eine Gefahr für Ruanda mag auf rein ideeller Ebene, aber sicherlich nicht auf reeller Ebene bestehen.

Bezüglich der nächsten Präsidentschaftswahlen 2017 ist eine erneute Kandidatur Kagames noch unklar. Da die ruandische Verfassung nur 2 Amtsperioden vorsieht, würde eine dritte Kandidatur, einen Verfassungsbruch bedeuten. Allerdings wird schon im Vorfeld manipulierend auf dem Machterhalt Kagames hingearbeitet, indem nationale als auch internationale Stimmen meinen, dass die fragile postgenozidale Bevölkerung für einen Machtwechsel noch nicht bereit sei und nur der amtierende Präsident die noch immer fragile Gesellschaft zusammenhalten könne.

Gesine Ames